



FORUM

MIGRATION

NEUES BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ

Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

In der Debatte um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes blieb – obwohl aufgeregt diskutiert und von den Arbeitgebern reichlich ideologischer Staub aufgewirbelt wurde – eine Veränderung unkommentiert: der neue §80. Hier heißt es „Der Betriebsrat hat folgende allgemeine Aufgaben... 7. die Integration ausländischer Arbeitnehmer im Betrieb und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmern zu fördern, sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu beantragen“. In der alten Fassung hieß es lediglich: „die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer im Betrieb und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmern zu fördern.“

Die angesprochenen Maßnahmen zu beantragen ist also nichts, was der Betriebsrat machen oder lassen kann. Das gehört vielmehr zu seinen allgemeinen Aufgaben, ist – wenn man so will – Alltagsgeschäft. Andersherum formuliert: Wenn ein Betriebsrat keine konkreten Schritte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beantragt, macht er seine Hausaufgaben nicht.

Von der Gesetzeslage her ist dies ein beachtlicher Fortschritt. So sieht das etwa auch Jorge Andrade. Er ist Betriebsrat bei dem in Hamburg ansässigen Bremsbelaghersteller Jurid, einer Tochter des amerikanischen Konzerns Honeywell. Allerdings – so schränkt er ein – ein wirklicher Fortschritt ist es erst, wenn das Gesetz in die tägliche Praxis umgesetzt wird. Dazu gehöre auch, dass im gesellschaftlichen und politischen Alltag rassistische oder fremdenfeindliche Äußerungen geächtet und nötigenfalls bestraft werden.

Es gibt zahlreiche Betriebe, die schon jetzt zeigen, wie das funktionieren kann. Auch in seinem Betrieb mit rund 2300 Beschäftigten dürfte es sicher den einen oder anderen geben, der fremdenfeindlich denkt, schätzt Andrade. Allerdings wagt niemand sich im Betrieb entsprechend zu äußern. Derjenige wäre innerhalb der Kolleginnen und Kollegen sofort isoliert. Und es könnte durchaus sein, dass seine Tage im Unternehmen gezählt sind. Das wurde auch zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung so vereinbart.

Jorge Andrade und der Betriebsrat insgesamt sehen sich durch die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes an diesem Punkt in ihrer Arbeit unterstützt. In anderen Betrieben dürfte §80 Abs. 7 des Betriebsverfassungsgesetzes Anstoß sein, aktiv zu werden. Zu der Frage, welche Handlungsmöglichkeiten sich aus dem Gesetz ergeben, wird das DGB Bildungswerk im nächsten Jahr Seminare anbieten und auch einen Erfahrungsaustausch organisieren.

Inhalt

Zum Bericht der Süßmuth-Kommission

Susan Martin: Der Ton trifft die Realität (Seite 2)

Patrick Weil: Nützliche Debatte für Europa angestoßen (Seite 3)

Philip Martin: Das Ergebnis von Integration ist schwer vorherzusagen (Seite 4)

SEITE 2

■ **Weltkonferenz gegen Rassismus**

SEITE 3

■ **Interkulturelle Woche**

■ **Tag des Flüchtlings**

SEITE 4

■ **Handreichung:** Staatsbürgerschaftsrecht im Unterricht

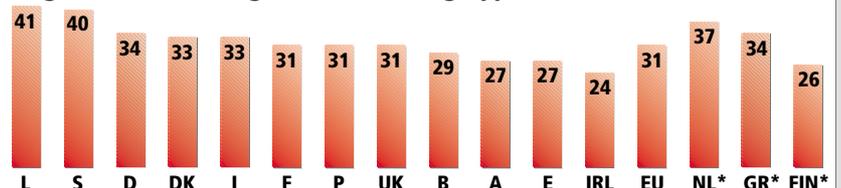
■ **Sprachförderung:** Neuregelung verschoben

Ausländische Betriebsräte

Organisationsbereich IG BCE	Organisationsbereich IG Metall
Betriebsratsvorsitzende 75	Betriebsratsvorsitzende 358
Betriebsratsmitglieder 1034	Betriebsratsmitglieder 3488

Zahlenwerk

Zustimmung in der Bevölkerung zu einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Diskriminierung von Minoritätengruppen (in Prozent)



* Die Daten sind wegen einer unterschiedlichen Datenbasis mit den anderen Ländern nur bedingt vergleichbar und deshalb nicht in die Durchschnittsberechnung einbezogen; Quelle: EUMC 2001



Susan Martin, Direktorin des Institute for the Study of International Migration, Georgetown University

BERICHT DER SÜSSMUTH-KOMMISSION (1)

Der Ton trifft die Realität

Ein Kommentar von von Susan Martin.

Mit dem Bericht der deutschen Einwanderungskommission hat sich die Tonlage über Migration der Wirklichkeit in Deutschland angenähert. Nachdem viele Jahre bestritten wurde, dass Deutschland trotz seines großen im Ausland geborenen Bevölkerungsteils ein Einwanderungsland ist, haben die Mitglieder der von der Regierung ernannten Kommission ausdrücklich eine Politik empfohlen, die Einwanderern als ständigen Einwohnern Einlass gewährt.

(...)

Angesichts dieser ökonomischen, demografischen und außenpolitischen Entwicklungen sieht sich Deutschland – wie andere Einwanderungsländer auch – neuen Herausforderungen gegenüber und muss, wie die Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts und die jüngsten Vorschläge zur Einwanderung belegen, über neue Wege in der Migrationspolitik nachdenken. Diese Aufgabe ist freilich nicht einfach. Eine dauerhafte Einwanderungspolitik ist deshalb schwierig, weil sie ein Abwägen erfordert, oft zwischen konkurrierenden Rechten und Gütern.

Zum Beispiel wird oft argumentiert, dass Einwanderung in großem Maße notwendig sei, um die Sozialsysteme in den Industrieländern zu „retten“. Einwanderung kann eine Rolle dabei spielen, die Einnahmen bei den Sozialsystemen zu erhöhen, so dass mehr Steuerzahler als Leistungsempfänger hinzukommen – um die demografische Entwicklung in einem Land deutlich zu beeinflussen, wären aber sehr viel größere Einwanderungsquoten nötig. Aller-

dings kann es Einwanderung gering qualifizierten Arbeitnehmern, einschließlich jener Einwanderer, die bereits im Land leben, schwerer machen, beruflich voran zu kommen. In diesem Fall sind die konkurrierenden Güter ein hohes Einkommensniveau für Rentner, die eine wachsende Lebenserwartung haben und der Schutz insbesondere von Beschäftigten mit geringem Einkommen, die selbst oft Einwanderer sind. Die Gewichtung dieser konkurrierenden Güter – Rentenniveau und Schutz inländischer Arbeitnehmer – kann umstritten sein.

Negative Folgen können indes durch eine Integrationspolitik gemindert werden – das heißt: eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, den Einwanderern dabei zu helfen, eine soziale, ökonomische und teilhabende Eingliederung zu meistern. Es ist vielleicht dieses Gebiet, mehr als die Einwanderungspolitik selbst, auf dem der neue Ton in Deutschland die Chance für den tiefgreifendsten Wandel bietet. Wenn Einwanderer bestenfalls kaum mehr als geduldet sind, weil das Land, in dem sie wohnen, „kein Einwanderungsland“ ist, fällt Integration sehr viel schwerer.

Die Erfahrung anderer Einwanderungsländer zeigt, dass Integration keine Einbahnstraße ist. Während Einwanderer sich generell den größten Veränderungen gegenüber sehen, wenn sie sich auf ein neues Land einlassen, muss auch das aufnehmende Land sich auf ihre Anwesenheit einstellen, wenn es Nutzen daraus ziehen will, was sie beitragen. Mit einem solchen Integrationskonzept können Einwanderungsländer stärker und vitaler werden, eben weil sie Einwanderungsländer sind. ■

Am 4. Juli hat die so genannte Süssmuth-Kommission ihren Bericht vorgelegt. Für uns war das Anlass, drei international renommierte Migrationsforscher zu bitten, ihre Meinung zu dem Bericht darzulegen.

Deshalb erscheinen in diesem Forum Migration zwei Kommentare und ein Interview zu dem Thema.

Den Beitrag von Susan Martin können wir aus Platzgründen nur auszugsweise veröffentlichen. In voller Länge ist er im Fax-Abdruck erhältlich:

0211/4301-617

WELTKONFERENZ GEGEN RASSISMUS

Im eigenen Haus anfangen

Vom 31. August bis 8. September findet im südafrikanischen Durban die Weltkonferenz gegen Rassismus statt. Beschlossen wurde die Konferenz von der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Februar 1998. Untersucht werden Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz. Darauf aufbauend sollen Vorschläge entwickelt werden, wie auf nationaler, regionaler und internationaler

Ebene Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ergriffen werden können.

Die EU-Kommissarin für Arbeit und Soziales Anna Diamantopoulou, die die EU-Delegation leiten wird, erklärte bei einem Treffen mit den Botschaftern der AKP-Staaten, dass die Konferenz „eine echte Gelegenheit für die Regierungen sein wird, sich in einer konkreten Aktion gegen Rassismus und ethnische Ungleichheiten zu engagieren“. ■

Informationen über die Weltkonferenz gegen Rassismus im Internet unter: www.unhcr.ch (in Englisch, Französisch oder Spanisch) www.interkultureller-rat.de/projekte/

Nützliche Debatte für Europa angestoßen

Interview mit Patrick Weil

? Am 4. Juli hat die Süssmuth-Kommission ihren Bericht veröffentlicht. Was bedeutet das aus Ihrer Sicht für Deutschland?

Patrick Weil: Ich denke, der Bericht markiert in zweierlei Hinsicht eine sehr positive Wende. Zum ersten Mal wird offiziell festgestellt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und Zuwanderung wird als positives Element für die Zukunft Deutschlands bewertet. Daneben ist es wichtig, dass die Kommission einen Konsens bei einem Thema gefunden hat, das sehr leicht politisiert werden kann. Es war ein guter Weg, dass Rita Süssmuth als CDU-Abgeordnete und frühere Bundestagspräsidentin, Sozialdemokraten und Grüne, und auch Arbeitgeber, Gewerkschaften, die Kirchen und andere zusammen gearbeitet haben, um diesen Konsens zu finden.

? Ist die Green Card eine Art List der Geschichte, mit deren Hilfe sich das Ansehen von Ausländern deshalb verändert hat, weil sie nützlich für die deutsche Volkswirtschaft sind?

Patrick Weil: Aus meiner Sicht hat Kanzler Schröder einen cleveren politischen Coup gelandet, als er diese Experten als Beispiel nahm, um zu zeigen, dass Einwanderung ein Nutzen für Deutschland ist. Einwanderung war aber auch schon in den 60er Jahren und danach ein Gewinn für Deutschland. Es war ein Nutzen für die Unternehmen, dass die so genannten Gastarbeiter für sie arbeiteten. Es war und ist – auch wenn dies nicht von allen Deutschen so gesehen wird – ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Einwanderung bringt Konsumenten ins Land, eine neue und zumeist junge Bevölkerung, und sie bringt Vielfalt in die Gesellschaft. Gegenüber jenen, die ein mangelndes Verständnis für die Vorteile von Einwanderung haben, war die Green Card ein intelligenter Weg, sie zu beeinflussen.

Mit Blick auf den Mechanismus der Green Card glaube ich, dass das Quotensystem – gestern 20 000, heute 50 000 – nicht der beste Weg ist. Entweder melden sich mehr Menschen wie in Italien oder weniger, wie es in Deutschland geschehen ist, und dann sieht es aus wie ein Scheitern. Darüber hinaus produziert eine Quote eine ständige politisierte Debatte, schafft Bürokratie und ist nicht so flexibel wie sie sein müsste. Im letzten Jahr haben High-Tech-Unternehmen Leute eingestellt, heute entlassen sie diese. Dies ist ein Arbeitsmarkt, der sehr schwer im Vorhinein abzuschätzen ist.



Patrick Weil ist Hochschullehrer in Paris und Autor verschiedener Studien zum Thema Migration.

Deshalb würde ich die Ausgabe individueller Arbeitserlaubnisse bevorzugen, die an bestimmte Kriterien gebunden sind und unter der Aufsicht zum Beispiel einer Kommission stehen, der Vertreter der Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften angehören.

? Gibt es in Frankreich ein Interesse an deutscher Migrationspolitik?

Patrick Weil: In Frankreich war Einwanderung 20 Jahre lang extrem politisiert.

Es was das heißeste Thema auf der politischen Agenda. Dies ist inzwischen nicht mehr der Fall. Heute stehen Integration und Diskriminierung im Mittelpunkt. Als der Bundestag die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts beschloss, wurde das von der französischen Öffentlichkeit sehr positiv aufgenommen. Der Bericht der Kommission überraschte die Öffentlichkeit wegen der Quote von 50 000 und die Zentrierung auf hochqualifizierte Arbeitnehmer. 1998 öffnete Frankreich seine Türen für IT-Beschäftigte, jedes Unternehmen kann ausländische High-Tech-Experten einstellen. Aber das Ergebnis ist ziemlich mager, jährlich kommen zwischen 2000 und 3000 nach Frankreich. Die französischen Bedürfnisse sind niedriger als die deutschen. Aber für hochqualifizierte Beschäftigte blieb die französische Tür auch geschlossen. Ich glaube, Deutschland sollte nicht vergessen, dass Flüchtlinge und Familienangehörige von Menschen mit festem Aufenthaltsrecht auch oft gute Arbeitnehmer sind – ob niedriger oder hochqualifiziert – und oft sehr nützlich für die Gesellschaft. Wir sollten auch vorsichtig damit umgehen, hochqualifizierte Arbeitnehmer auf Kosten der Entwicklungsländer einzustellen. Dies sollte nur in Kooperation mit ihnen geschehen.

Aber alles in allem bin ich froh, dass die Deutschen mit den Vorschlägen der Süssmuth-Kommission eine Debatte über hochqualifizierte Beschäftigte eröffnet haben. Letztlich muss die weitere Entwicklung sich auf der europäischen Ebene vollziehen. Man darf nicht vergessen, dass Arbeitnehmer, die in Deutschland angestellt wurden, sich frei in den Schengen-Staaten bewegen und sich dort nach Arbeitsplätzen umsehen können. Wir brauchen ganz eindeutig einen gewissen Grad von Harmonisierung innerhalb der EU.



Kalender

INTERKULTURELLE WOCHE

Vom 23. bis 29. September findet die diesjährige Woche der ausländischen Mitbürger/ Interkulturelle Woche statt.
Motto: „Rassismus erkennen – Farbe bekennen“. In einem gemeinsamen Wort der evangelischen, katholischen und griechisch-orthodoxen Kirchen in Deutschland zu diesem Anlass heißt es: „Rassismus bringt Gewalt hervor und erniedrigt andere bis hin zur Bedrohung ihrer leiblichen Unversehrtheit. Für die Kirchen gilt deshalb: Rassismus ist Sünde.“
In einem Materialheft werden für die Vorbereitung Informationen zum Thema Rassismus geliefert und Beispiele für aktive Gegenwehr benannt.

TAG DES FLÜCHTLINGS

Im Rahmen der Interkulturellen Woche findet am 28. September der Tag des Flüchtlings statt. Veranstalter ist Pro Asyl. Unter dem Titel „Rassismus hat viele Gesichter“ ist auch dazu ein Materialheft erschienen. Neben Analysen zur Einwanderungs- und Asylpolitik in Deutschland und der EU bildet das Thema soziale Ausgrenzung von Flüchtlingen den Schwerpunkt des Heftes.

Die Materialhefte „Rassismus erkennen – Farbe bekennen“ und „Rassismus hat viele Gesichter“ können zusammen mit zwei Plakaten als Materialumschlag **bestellt werden bei:**
 Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger
 Postfach 16 06 46
 60069 Frankfurt/M.
 Preis pro Exemplar: 8,- Mark (bis neun Stück)

EUMC

Europäisches Netz geknüpft

Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) hat Ende Juni die Aufnahme von Partnerschaften in den 15 EU-Staaten abgeschlossen. Damit ist das „Europäische Netz über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (RAXEN) geknüpft.

Jede dieser nationalen Anlaufstellen soll von einem landesweiten Netz wichtiger Akteure aus Forschung, nichtstaatlichen Organisationen, Dokumentationszentren, staatlichen und

halbstaatlichen Gremien sowie den Sozialpartnern unterstützt werden. Die Wahl der nationalen Anlaufstellen erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung.

Die Anlaufstelle in Deutschland ist das Europäische Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg.

Internetadressen:

www.eumc.eu.int
www.uni-bamberg.de/efms

BERICHT DER SÜSSMUTH-KOMMISSION (3)

Das Ergebnis von Integration ist schwer vorher zu sagen

Ein Kommentar von von Phil Martin.

Die Süssmuth-Kommission empfiehlt, dass Deutschland erstens anerkennt, dass es ein Einwanderungsland ist und zweitens 50 000 MigrantInnen jährlich die Einreise gestattet. Dies entsprechend einem Punktesystem, das die Zulassung junger, gut ausgebildeter Ausländer bevorzugt, die bereit sind, sich in Deutschland zu integrieren. Das Ziel dieser Empfehlung ist klar: Deutschland will Ausländer, die mit überdurchschnittlichen Gehältern zur Wirtschaftsentwicklung beitragen und am leichtesten integriert werden können.

Der größte Unterschied zwischen den USA und Deutschland liegt in der Haltung gegenüber Integration. In den USA ist Integration von MigrantInnen weitgehend eine Privatangelegenheit, die den MigrantInnen und ihren Arbeitgebern überlassen bleibt. Schulen sind die größte Institution zur Integration für die zweite Generation. Es gibt nur sehr wenig Bundesmittel für Integration, da die Bundesstaaten und Kommunen die Schulen finanzieren.

Integration wurde in den USA in der Vergangenheit als ein Prozess über drei Generationen angesehen. Der ersten oder auch Migrationsgeneration ging es in den USA besser als in ihrer Heimat, aber sie verdienten oft weniger als amerikanische Arbeitnehmer. Die zweite Generation, die als Kinder hierher kam oder kurz nach der Ankunft ihrer Eltern geboren wurden, waren die so genannten Bindestrich-Amerikaner, die zumeist schneller als ihre

Eltern Englisch und die amerikanischen Sitten und Gebräuche lernten und oft zweisprachig waren. Die dritte Generation war amerikanisch und sprach normalerweise nur Englisch.

Deutschland möchte eine erfolgreiche Integration sicher stellen und bevorzugt deshalb sowohl den Zuzug von MigrantInnen, die am leichtesten zu integrieren sind als auch „Integrationsverträge“, die mit Zuckerbrot und Peitsche die MigrantInnen überzeugen sollen, Deutsch und deutsche Sitten und Gebräuche zu lernen. Dieses Bemühen kennzeichnet die Situation in Deutschland. Es macht unter anderem erforderlich, den Endpunkt von Integration zu definieren und das provoziert die Leitkultur-Diskussion.

Der beste Weg, die deutsch-amerikanischen Unterschiede gegenüber Integration zu erklären, ist vielleicht die Debatte zwischen Engländern und Deutschen im kolonialen Amerika. In den 1760er Jahren machte sich einer der Gründungsväter, Benjamin Franklin, Sorgen darüber, dass die Deutschen in Pennsylvania nicht Englisch lernten und keine Engländer wurden. Franklin hatte recht – die Deutschen wurden keine Engländer. Statt dessen wurden die Deutschen Amerikaner und die Engländer wurden gleichermaßen Amerikaner. Integration bedeutet, dass sich sowohl die Migranten als auch die angestammten Einwohner verändern und das Ergebnis dessen bisweilen schwer vorher zu sagen ist.



Philip Martin, Hochschullehrer an der University Davis/ California

SPRACHFÖRDERUNG

Die Einführung der neuen Sprachförderung für Zuwanderer wird um ein Jahr auf den 1. Januar 2002 verschoben.

Grund: Es soll zunächst einmal abgewartet werden, wie die gesetzliche Regelung für Zuwanderung aussieht und umgesetzt wird. An dem Prinzip, die Durchführung der Sprachförderung an einer Stelle beim Sprachverband organisatorisch zusammen zu fassen und sie allen Zuwanderergruppen gemeinsam anzubieten, ändert sich nichts.

Impressum

FORUM MIGRATION

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V., Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel: 0211/4301-141(-351)
Erscheinungsweise monatlich
Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz, **Koordination:** Klemens Büsch
Redaktion: Bernd Mansel, Berlin
Layout: Zang Grafik Design, Sprockhövel
Druck und Vertrieb: toennes satz + druck gmbh, Erkrath
Forum Migration wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.